

Gastkommentar zur Corona-Krise

Diese Krise ist anders

Kranke. Tote. Lockdown. Hamsterkäufe. Isolation. Alte. Kredite. Das Coronavirus stellt die Welt auf den Kopf! Ist die Krise dieses Mal wirklich anders?

Ein grosser Teil unserer Wirtschaft befindet sich in einem politisch verordneten Stillstand: Restaurants, Hotels, Kinos, Coiffeure, Sportzentren, Eventveranstalter, Modegeschäfte, Fitnesscenter usw. Dieser Angebotsschock ist auf die Massnahmen der Regierungen zur Bekämpfung des Virus zurückzuführen – und das ist das wirklich Neue. Die Regierungen sind aufgrund des Coronavirus unter massiven Handlungsdruck geraten. Als Schuldige für Todesfälle angeprangert zu werden, wollen und können sie sich nicht leisten.

Die staatlichen Notfallpläne treffen nicht nur Unternehmen, sondern auch Beschäftigte und führen deshalb zu massiven Einkommensausfällen. Der immense Angebotsschock wird also von einem Nachfrageschock begleitet: Es wird weder produziert noch gekauft! Diese Parallelität von Angebots- und Nachfrageeinbruch ist historisch einmalig.

Anders als in üblichen Rezessionen trifft diese Krise auch Firmen, die solide aufgestellt sind und alles richtig gemacht haben. Und es betrifft nicht nur das ökonomische, sondern auch das gesellschaftliche Leben. Schulen werden geschlossen, Sport- und Kulturveranstaltungen fallen aus, das öffentliche Leben steht still. Das Virus hat alle infiziert: Konsumenten, Selbstständige, Erwerbstätige, Rentner, Schüler – die ganze Volkswirtschaft.

Laut einer Analyse der OECD laufen die Volkswirtschaften der Industrieländer inklusive der Schweiz derzeit noch auf etwa 75 bis 80 Prozent des Vorkrisenniveaus. Wie hoch ist der Produktionsausfall in Liechtenstein? Eine seriöse und verlässliche Antwort auf diese Frage ist nicht möglich. Die Wertschöpfung von Liechtenstein lag im Jahr 2018 bei 6724 Mio. Fr., was 560 Mio. Fr. pro Monat entspricht. Zwei Monate vollständiger Stillstand bedeuten deshalb eine Reduktion der Wertschöpfung um 1120 Mio. Fr. oder 17% des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

Dieses Szenario ist zu pessimistisch, weil ja nicht die gesamte Volkswirtschaft «atemlos» ist. Unter der Annahme, dass Liechtensteins Wirtschaft derzeit analog zur Schweiz um rund einen Viertel gedrosselt ist, beträgt der geschätzte Einbruch um ein Viertel rund 140 Mio. Fr. pro Monat, was zwei Prozent des BIP ausmacht. Ein Monat partieller Stillstand kostet Liechtenstein gleich viel, wie das Land pro Jahr für die Bildung ausgibt.

Für die volkswirtschaftlichen Kosten ist die Länge des Lockdowns entscheidend. Unter der Annahme, dass die Krise drei Monate dauert und weitere drei Monate vergehen, bis wieder die normale Leistung erbracht werden kann, ergibt das einen Einbruch von schätzungsweise 500 bis 700 Mio. Fr. oder einen BIP-Rückgang von rund 7 bis 10 Prozent.

In dieser Situation braucht es die Bereitschaft des Staates, die Einkommensausfälle zu kompensieren. Denn



Grossflächiges Testen könnte den Stillstand überwinden.

Bild: Keystone

wenn der Staat eine Rezession «verordnet», dann muss er auch die Verantwortung für die Entschädigung der Geschädigten übernehmen. Liechtenstein hat in den vergangenen Wochen ein sinnvolles und zielgerichtetes Stützungsprogramm auf die Beine gestellt.

Massnahmen in unbekanntem Ausmass

Besonders wichtig ist die Regelung der Kurzarbeit, die eine Welle von bisher unbekanntem Ausmass angenommen hat. Während auf dem Höhepunkt der Finanzkrise in der Schweiz 92 000 Erwerbstätige in Kurzarbeit geschickt wurden, steigt die gegenwärtig die Zahl täglich um rund 80 000 bis 100 000.

Für Liechtenstein sind bis dato keine aktuellen Zahlen bekannt. Im Finanzkrisenjahr 2009 explodierte die Kurzarbeitsentschädigung auf 15 Mio. Fr., die an 1500 Arbeitnehmende ausbezahlt wurde. Allein die Zahl von jetzt schon über 700 Anträgen lässt den Schluss zu, dass die aktuelle Krise zu massiv höheren finanziellen Belastungen führen wird.

Wie überall reagiert auch die Politik in Liechtenstein mit Notfallmassnahmen. Mit einem Fuss steht die Politik also auf der Bremse, mit dem anderen gibt sie Gas. Dabei stellt sich die Frage, wie diese Überlebensstrategien für die Volkswirtschaften finanziert werden sollen. Liechtenstein befindet sich durch seine hohen Staatsreserven in einer komfortablen Ausgangslage, kann es doch notfalls ein Vielfaches der bereits gesprochenen Summe aus dem bestehenden Finanzvermögen finanzieren. Die Schweiz und Deutschland können die Schulden am Kapitalmarkt aufnehmen.

Die bereits stark angespannte finanzielle Situation in vielen anderen Ländern führt aber dazu, dass sie die Kosten durch die Zentralbanken finanzieren lassen. Die US-Notenbank (FED) lässt im Kampf gegen die Corona-Krise alle Dämme brechen.

Sie wird praktisch die gesamten Notfallmassnahmen finanzieren, was die Schulden der USA und die Bilanz der FED auf neue Rekordwerte anschwellen lässt. Not kennt kein Gebot: Die Europäische Zentralbank hat ein neues Pandemie-Anleihekaufprogramm über 750 Milliarden Euro aufgestellt.

Mit diesen Massnahmen soll der oben skizzierte Einbruch des BIP gemildert werden. Wer in einer Krise allerdings immer wieder zur geldpolitischen Droge greift, gerät in eine Sackgasse. Versinkt die Welt in einer Schuldenfalle? Steht die nächste Eurokrise vor der Tür? Meldet sich die Inflation zurück?

Schutz der Gesundheit versus Schutz der Wirtschaft?

Wie sollen die Krise und die Ausbreitung des Coronavirus bewältigt werden? Fast scheint es so, als sei die Gesellschaft bereit, alle Kosten in Kauf zu nehmen, um das Virus erfolgreich zu bekämpfen. Für viele Menschen ist bei Handlungen das Motiv entscheidend. Die tatsächlichen Folgen der Massnahmen sind dabei zweitrangig. Bei reinen Gesinnungsethikern steht das hehre Ziel der Gesundheit weit über den Anliegen der Wirtschaft. Bereits dem Nachdenken über Alternativen haftet deshalb der Geruch des Unethischen an. Dabei gibt es nichts «Alternativloses» und das Nachdenken über Alternativen ist immer sinnvoll. Wirklich gefährlich sind hingegen Denkverbote.

Tatsache ist, je stärker wir die Infektion bekämpfen, desto stärker bricht die Wirtschaft ein. Es scheint also ein Dilemma zwischen mehr Gesundheitsschutz und wirtschaftlichem Schaden zu geben. Diese Debatte ist aber irreführend, weil es letztlich um dasselbe geht, nämlich um das Wohlergehen und die Gesundheit der Menschen. Die nackten Zahlen zu den Kosten einer Rezession verschleiern, dass hinter einem Einbruch der Wirtschaft letztlich Schicksale von

Menschen und ihre physische und psychische Gesundheit stehen.

Trotzdem: Es gibt zwischen der Bekämpfung der gesundheitlichen Risiken aufgrund des Virus und aufgrund einer tiefen Rezession einen Zielkonflikt, der uns zu Kosten-Nutzen-Überlegungen zwingt. Wir müssen ein «Gleichgewicht» zwischen dem Schutz vor der Krankheit des Virus und dem Schutz vor der Krankheit der wirtschaftlichen Krise finden.

Weit entfernt von der Suche nach diesem Gleichgewicht sind Politiker, die versprechen, alles zu tun: «Whatever it takes» – koste es, was es wolle. Denn Extreme sind irrational und ineffizient, weil bei ihnen die Opportunitätskosten schlicht und einfach vergessen gehen. Es geht nicht um ein Entweder-oder, sondern es geht um ein Sowohl-als-auch. Gesucht ist nicht das Maximum, sondern das Optimum.

Wird der erwähnte «Trade-off» wahrgenommen und akzeptiert, wird auch klar, dass es uns gelingen muss, den wirtschaftlichen Stillstand kurz zu halten bzw. aufzuheben, ohne die Bekämpfung des Virus zu vernachlässigen. Wie kann das erreicht werden?

Schrittweiser Exit aus dem Stillstand

Die beste Voraussetzung dafür ist ein grossflächiges Testen. Mit Schnelltests können die infizierten Menschen von den Gesunden getrennt werden. Umfangreiche, grossflächige Antikörpertests geben Aufschluss über die Anzahl immuner Menschen, weil dazu auch diejenigen gehören, welche die Krankheit – ohne es zu bemerken und ohne Tests – überwunden haben. Corona-Immune sind eine wichtige Ressource zur Bewältigung der Krise und können als erste und vorrangig wieder an ihren Arbeitsplatz zurückkehren. Grossflächige Tests erlauben deshalb auch, den Stillstand kurz zu halten und den Exit vorzubereiten. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis fällt angesichts der zusätzlichen Kosten

des aktuellen Stillstands von 35 Mio. Franken pro Woche sehr gut aus. Ein grossflächiges Testen erleichtert es, schrittweise in die Normalität zurückzukommen. Dabei kann die Regierung an das Regime anknüpfen, das heute schon für die Lebensmittelläden gilt. Beispielsweise können Restaurants, Coiffeursalons, Kleidergeschäfte und vor allem auch Schulen unter Einhaltung von Schutzbestimmungen wieder öffnen. Übrigens: Noch wissen wir nicht, ob der schwedische Weg mit deutlich kleineren Einschränkungen weniger erfolgreich in der Bekämpfung des Virus ist als unsere Strategie.

Lehren aus der Krise

Mitten im Kampf gegen das Virus und die wirtschaftliche Krise ist es eindeutig zu früh, um eine umfassende Liste von Lehren zu erstellen. Trotzdem sind einige wenige Gedanken erlaubt. Wir zahlen einen relativ hohen Preis dafür, dass wir nicht ausreichend auf eine Pandemie vorbereitet waren. Diesbezüglich können wir von einigen asiatischen Ländern lernen. Zu kritisieren ist, dass man im Pandemieplan gänzlich auf die Virologen setzt. Denn man darf beim Planen von Massnahmen im Kampf gegen eine Pandemie die wirtschaftlichen Folgekosten nicht einfach ignorieren, Opportunitätskosten sind zu berücksichtigen und Nebenwirkungen zu kalkulieren.

Aktuell beschäftigt uns aber vor allem die Frage, wie lange der Lockdown noch dauern und die volkswirtschaftlichen Kosten ansteigen werden. Zur Erinnerung: Es geht nicht um das Maximum, sondern um das Optimum. Eine echte Herausforderung!



Peter Eisenhut, Ökonom und Präsident der Stiftung Zukunft.li